

Windkraftgegner attackieren Bousonville

Inakzeptable Äußerungen gegenüber Andersdenkenden und in der Sache unzureichend informiert

Spessart (re). Die Bürgerinitiative „Windkraft im Spessart“ wirft dem Kreisvorsitzenden der Grünen, Reiner Bousonville, vor, sich immer wieder mit Polemik gegen Andersdenkende hervorzutun. Die Windkraftgegner verweisen in diesem Zusammenhang auf einen Artikel in der GNZ vom Samstag, wo Bousonville vielen Bürgern im Main-Kinzig-Kreis eine „erschreckende Mentalität“ attestiert hatte, weil sie eine andere Einstellung zur Umsetzung der Energiewende und speziell zum Bau von Windkraftanlagen im Naturpark Spessart haben.

Die Windkraftgegner sprechen von inakzeptablen Äußerungen und fordern den Kreisvorsitzenden auf, diese Vorwürfe zurückzunehmen. Mit seiner Behauptung, dass die Bevölkerung den weiteren Ausbau der Windkraft generell befürworte, mag Bousonville bei der überwiegend großstädtischen und gutbürgerlichen Klientel der Grünen möglicherweise richtig liegen,

die aktuelle Studie „Naturbewusstsein“ des Bundesamts für Naturschutz aus dem vergangenen Jahr sage aber etwas anderes aus. In Dörfern unter 5000 Einwohnern und in Kleinstädten bis 20000 Einwohner befürworteten demnach nur 13 beziehungsweise 20 Prozent der Einwohner eine weitere Zunahme an Windkraftanlagen auf dem Land. In Großstädten liege dieser Anteil dagegen deutlich höher. Diese unterschiedliche Bewertung des Ausbaus wird leicht nachvollziehbar, wenn man sich die Standorte der Windkraftanlagen in Hessen ansieht. Fast alle Anlagen liegen in ländlich geprägten Gebieten, wie zum Beispiel dem Main-Kinzig-Kreis östlich von Gelnhausen, und gerade dort ist die Betroffenheit besonders groß.

In Bezug auf das Genehmigungsverfahren in Flörsbachtal sei der Grünen-Vorsitzende äußerst schlecht informiert. Hätte Bousonville das Verfahren einfach einmal in der lokalen Presse mitverfolgt und nicht nur Schlagworte parat,

wüsste er, dass es sich bei diesem Projekt von Juwi und der Naturenergie Main-Kinzig GmbH nicht um 18 Anlagen, sondern inzwischen um nur noch sechs Anlagen handele. Die restlichen Anlagen seien vom Projektierer bereits wegen massiver naturschutzrechtlicher Bedenken gestrichen worden. Der Bürgerinitiativen-Vorsitzende Berthold Andres ergänzt dazu: „Für die Verzögerung im Genehmigungsverfahren ist nicht das Regierungspräsidium in Darmstadt verantwortlich, sondern schlichtweg die Tatsache, dass die Anlagen nicht genehmigungsfähig sind. Das jahrelange Verfahren wurde durch die unzureichenden Gutachten des Antragstellers verursacht, die im Laufe des Verfahrens immer wieder ergänzt und geändert wurden, um trotz der umfangreichen Vorkommen streng geschützter Tierarten eine Genehmigung durchzudrücken.“ Hinzugekommen sei, dass die für diesen Bereich zuständigen Forst-Verantwortlichen noch vor der Offenlegung im Jahr 2016 ein kom-

plettes Waldstück hätten durchforschten lassen, in dem ein Schwerpunkt der Quartiere der streng geschützten Mopsfledermaus liege.

Auch in der Sache liegt der Grünen-Vorsitzende falsch. Wie erst kürzlich auch in der lokalen Presse zu lesen war, musste der Grüne Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir beim Windbranchentag in Wiesbaden zugeben, dass die erneuerbaren Energien bisher noch zu keiner deutlichen Senkung des Kohlendioxidausstoßes geführt haben. Andres stellt deshalb die Frage: „Wenn über 100 Milliarden Euro Förderung der erneuerbaren Energien in den letzten Jahren keine wesentliche Reduzierung des Kohlendioxidausstoßes gebracht haben, wäre es nicht vielmehr an der Zeit, die eigene Strategie zu überdenken?“ Es müssen endlich auch realistische Konzepte beispielsweise zur Energieeinsparung erstellt werden, statt sich nur auf viele Milliarden Euro an Subventionen für den Bau von Tausenden von Windrädern zu beschränken.

GNZ 11.10.2017